

Europäisches Parlament, Heute aus dem Plenum: Mißtrauensantrag gegen die Kommission (11. Januar 1999)

Legende: 11. Januar 99 : Mißtrauensantrag von 69 Abgeordneten gegen die Europäische Kommission. Man soll so schnell wie möglich entscheiden ob die Kommission weitermachen soll oder nicht.

Quelle: EUROPARL - Presseabteilung. Im Plenum - Heute aus dem Plenum. [ONLINE]. [s.l.]: Europäisches Parlament, [03.08.2000]. Disponible sur <http://www.europarl.eu.int/dg3/sdp/journ/de/1999/n9901112.htm#2>.

Urheberrecht: (c) Europäisches Parlament

URL:

http://www.cvce.eu/obj/europaisches_parlament_heute_aus_dem_plenum_mi%C3%9Ftrauensantrag_gegen_die_kommission_11_januar_1999-de-da75f293-0cc5-473e-a221-6978c1852b19.html

Publication date: 28/04/2014

Europäisches Parlament : Heute aus dem Plenum (11. Januar 1999)

Mißtrauensantrag gegen die Europäische Kommission

Mißtrauensantrag gegen die Kommission von der Abgeordneten Green und weiteren Abgeordneten der SPE-Fraktion (B4-1165/98)

Mißtrauensantrag von 69 Abgeordneten gegen die Europäische Kommission (B4- /99)

Mündliche Anfragen B4-9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16/99

Entschließungsantrag B4-21/99

Debatte: 11.1.1999

Abstimmung: 14.1.1999

Pauline **Green** (SPE/UK) erläuterte, sie habe am 17. 12. nach der Abstimmung über die Haushaltsentlastung für das Jahr 1996, die nicht erteilt worden sei, einen Mißtrauensantrag eingereicht. Sie sei immer schon der Meinung gewesen, daß die Entscheidung über die Entlastung eine Art Vertrauensfrage sei. Wer bereit sei, die Kommission für inkompetent zu erklären, der müsse sie entlassen, denn dies sei die einzige mögliche institutionelle Maßnahme. Deshalb habe sie auch einen Mißtrauensantrag eingebracht.

Green erklärte, die nächsten drei Monate seien kritisch für die Entwicklung der Europäischen Union und für die Erweiterung. Deshalb sei es wichtig, daß die Kommission so effektiv wie möglich mit dem EP und dem Rat zusammenarbeite in dieser Zeit. Eine der Gründe für den Mißtrauensantrag sei gewesen, daß so schnell wie möglich entschieden werden müsse, ob die Kommission weitermachen solle oder nicht.

Einige der Entschließungen, die heute dem Haus vorlägen, könnten dazu führen, daß es zu einer wochen- oder monatelangen Krise käme. Dies sei nicht im Interesse der Bürger Europas. Während der Abstimmung zur Entlastung des 1996er Haushalts habe ein Großteil der SPE-Fraktion dafür gestimmt. Man sei der Meinung, daß die Kommission die Anfragen des EP in drei von sechs Bereichen befriedigend beantwortet habe und sich in den übrigen drei Bereichen bemüht habe. Sie sei nicht in der Lage gewesen, allen Forderungen des EP nachzukommen. Doch man müsse bedenken, daß es auch Bereiche gebe, wo es gemeinsame Verantwortungen der Kommission mit dem Rat und den nationalen Regierungen gebe.

Der Haushaltskontrollausschuß habe im März des vergangenen Jahres die Entlastung deshalb verschoben, weil er weitere Klärung gewollt habe. Dadurch sei Einfluß ausgeübt worden und genauso wolle man es mit dem 97er Haushalt halten.

Es gebe Kollegen in allen Fraktionen, auch in ihrer eigenen, die die Probleme für so ernst hielten, daß sie der Kommission die Entlastung verweigern müßten und für das Mißtrauensvotum seien. Das könne sie akzeptieren, doch es gebe andere Kollegen, die witterten den Geruch von Wahlen und machten nationale Politik.

Die Kommission habe keine Möglichkeit, das EP um Vertrauen zu bitten, dies sei eine institutionelle Schwäche der EU. Sie habe deshalb mit Amusement darauf reagiert, daß einige Parlamentarier am Vorabend der Abstimmung über die Entlastung des 96er Haushalts erklärt hatten, sie fühlten sich unter Druck gesetzt durch das Ansinnen der Kommission, die Abstimmung zu einer Vertrauensfrage zu erklären.

Die erste Forderung der SPE-Fraktion sei, daß der Vertrag und/oder die Geschäftsordnung so verändert werden müßten, daß sich die Kommission einer Vertrauensfrage stellen könne. In der Zwischenzeit hätten sich jedoch die Verhältnisse geändert, neue Anschuldigungen seien aufgetaucht, es gebe neue Spekulationen.

Es gehe jedoch insgesamt nicht um die Kompetenz der Kommission. Sie habe mit der Einführung der einheitlichen Währung gezeigt, daß sie sehr kompetent sei. Gleichzeitig seien die Beitrittsverhandlungen eröffnet worden, und auch dies habe die Kommission gut gemeistert. Diese Kommission könne nicht inkompetent sein. Doch es gehe nun darum, daß es auch Geheimniskrämerei, Protektion, Vetternwirtschaft und eine Behinderung von Nachforschungen gebe, mit der sich die Kommission und ihre Mitglieder

umhüllten.

Green erläuterte, sie habe mit Kommissionspräsident Santer schon früher darüber gesprochen, daß die Kommission als Behörde 15 unterschiedliche nationale Verwaltungskulturen in sich vereine. Dies führe zu Spannungen und dazu, daß es kein kohärentes Ganzes gebe. Nun müsse man die Gelegenheit ergreifen, und eine einheitliche Verwaltung schaffen.

Das EP wisse, wie es sei, Zielscheibe einer Pressekampagne zu sein. Wenn man danach en masse abtreten müsse, dann hätten auch viele Parlamentarier nach der Pressekampagne zu den Reisekosten abtreten müssen. Doch man könne sich nicht von Medienkampagnen regieren lassen.

Transparenz sei wichtig, gerade zwischen den Kommissaren, ihren Kabinetten und den Generaldirektionen. Gerade dort müsse man zwischen Protektionismus und Nepotismus angehen. Die zweite Forderung ihrer Fraktion seien deshalb transparente Vorschriften über die Beziehungen zwischen den Kommissaren und ihren Kabinetten auf der einen Seite und den Generaldirektionen auf der anderen Seite, und dies bis März 1999. Man könne nicht zulassen, daß hier Einzelpersonen von der Presse gerichtet würden. Wenn es jedoch Fälle von bewiesener Schuld gebe, dann sei ihre Fraktion dafür, daß ohne Ansehen des Ranges, des Geschlechts oder der Parteizugehörigkeit Verantwortung ergriffen werde. Das institutionelle Recht erlaube es nicht, einen einzelnen Kommissar herauszugreifen, obwohl dies auf der Regierungskonferenz sei dies gefordert worden sei. Green erläuterte, sie könne nicht die Entschließungen anderer Fraktionen unterstützen, die einzelne Personen anklagten, gegen die keine Beweise vorlägen. Man dürfe nicht parteiisch umgehen mit Kritik.

Eine weitere wichtige Frage sei, wie man mit Enthüllern umgehe. Man habe ihnen gegenüber zwei Verantwortungen, man müsse sich einmal selbst schützen und man müsse diejenigen schützen, die sie anklagten. Green bedauerte den Fall van Buitenen, der Beamte, der einem Mitglied des EP Akten übergeben hatte. Er habe es ehrlich gemeint, doch seine persönliche Integrität sei geschädigt worden, er sei von Politikern und Medien mißbraucht worden. Die Akten, die er dem EP übergeben habe, hätten zum Teil bereits bekannte Informationen enthalten, doch auch neue Beschuldigungen. Das Problem bei den bekannten Anschuldigungen sei, daß sie nicht zügig genug verfolgt worden seien. Man brauche eine unabhängige Revision.

Kommissionspräsident Santer habe ihr Anfang Dezember einen Brief geschrieben und vorgeschlagen, das EP in die Verwaltungsreform miteinzubeziehen. Hier setze die dritte Forderung ihrer Fraktion an: Man brauche eine unabhängige Revision in Kommission und Parlament, um Mißbrauch unabhängig zu untersuchen. Dazu solle die Kommission vor Ende der Woche einen Zeitplan für eine Verwaltungsreform mit dem EP besprechen. Dies sei die vierte Forderung ihrer Fraktion.

Der Mißtrauensantrag sei nichts, was ihr leichtgefallen sei. Er sei die stärkste Waffe des EP, doch immerhin gehe es darum, wie öffentliche Gelder ausgegeben würden. Das Parlament könne nun nur sagen, daß es der Kommission hier nicht vertraue. Das Problem sei, daß es nichts anderes tun könne in dieser Situation. Diese Debatte und die Antwort der Kommission ermöglichten eine Meinungsbildung.

Hervé **Fabré-Aubrespy** (UEdN/F) sprach im Namen von 69 Abgeordneten aller Fraktionen, einer darunter auch von den Sozialisten, aller Länder der EU, die ihren Mißtrauensantrag als einen eindeutigen Antrag und logische Konsequenz aus der Dezember-Abstimmung gestellt hätten. Seit vier Jahren sei der Rechnungshof nicht in der Lage gewesen, positive Berichte vorzulegen, was die Zahlungen der Kommission angehe. Ob es sich um Skandale im Bereich des Tourismus, bei den Mittelmeerprogrammen oder bei den Einstellungsverfahren oder auf anderen Gebieten gehandelt habe, immer habe es Mängel bei der Kommission gegeben. Noch am 8. Januar dieses Jahres sei eine Auflistung durch den Rechnungshof über sämtliche Kritikpunkte und die eingeleiteten Schritte gegen einzelne Generaldirektionen der Kommission erfolgt. Es gehe nicht um einen einzelnen Kommissar, oder die Kommission als Ganzes, sondern um die Glaubwürdigkeit des Europäischen Parlaments und das Vertrauen der Bürger in die europäischen Institutionen. Mit dem Mißtrauensantrag der Abgeordneten, für die er spreche, solle den Bürgern das Vertrauen wiedergegeben und Europa gestärkt werden. Deshalb werbe er bei seinen Mitparlamentariern für

ihre Zustimmung zu diesem Mißtrauensantrag.

Wilfried **Martens** (EVP-CD/B) bekundete zu Beginn seiner Rede die Absicht, die ihm zustehende Zeit zunächst nicht voll zu nutzen, um dann anschließend direkt auf die Ausführung des Präsidenten reagieren zu können. Zweifelsohne befinde man sich in einer tiefgreifenden Krise zwischen dem EP der Kommission. Die indirekte oder moralische Unterstützung, welche das EP gegenüber der Kommission an den Tag gelegt habe, habe sich als großer politischer Fehler herausgestellt. Schließlich habe man sich um einen ernsthaften Dialog bemüht und dabei um angemessenen Respekt gegenüber den Regeln des Parlaments gebeten.

Augenscheinlich habe sich der Kommissionspräsident einem politischen Manöver hingegeben; seiner Einschätzung nach sei die ganze Angelegenheit politisch aufgebauscht.

Martens erinnerte daran, daß er an jenem 17. Oktober als Sprecher der EVP-Fraktion mitgeteilt habe, daß er der Kommission weiterhin das Vertrauen schenken werde. Frau Green habe dies seinerzeit "scheinheilig" genannt, was indes eine grobe Fehleinschätzung sei. Martens unterstrich die kaum zu unterschätzende Bedeutung des Vertrauens zwischen EP und Kommission: Schließlich bildeten beide Institutionen die Rolle des impulsgebenden Motors im europäischen Aufbauwerk.

Manche meinten, seine Fraktion habe einen verschleierte Antrag gestellt, um gewisse Kommissare zu schützen. Was heute in Frage stünde, sei weniger die politische Tätigkeit der Kommission. Was wäre wohl aus dem Euro geworden ohne die inspirierende Aktivität der Kommission? Die Resultate in Energie- und Telekommunikationsbereich seien gleichfalls respektabel und bewiesen hinlänglich die konstruktive Seite der Kommission; zudem sei der Vertrauenspakt für Beschäftigung sei in Wien endlich vom Europäischen Rat bekräftigt worden.

Solche positiven Resultate würden nunmehr konfrontiert mit der Erblast einer schlechten Verwaltung. Erst kürzlich habe Santer erklärt, daß er die Betrugsbekämpfung in den Vordergrund stellen wolle. Die ganze Vertrauensfrage richte sich auf die Verwaltung; die Kommission müsse sich verpflichten, das in sie gesetzte Vertrauen wieder zu gewinnen. Für vordringlich erachtete Martens, daß die Betrugsbekämpfung absolute Priorität einnehmen müssen: Das EP fordere in diesem Punkt die Null-Toleranz. Überdies unterstütze das EP das Einreichen von Klagen beim Europäischen Gerichtshof. Endlich müßten Verhaltenskodizes für Kommissare eingeführt werden. Transparenz sei vor allem im Personalbereich vonnöten: Hier müßten klare Regeln aufgestellt werden, gerade auch für externe Benennungen. Die Kommissionsmitglieder stünden heute vor einer zweifachen Herausforderung, wobei sich Martens auf ein belgisches Sprichwort berufen konnte: Wenn die Verwalter zu schwach seien, dann werde die Sache schief gehen. Nunmehr dränge die Zeit. Das EP erwarte einen genauen Zeitplan für die einzelnen Kommission.

Für die LIBE-Fraktion legte Patrick **Cox** (UK) dar, daß die heutige Diskussion zu einem kritischen Zeitpunkt stattfinde, viele wichtige Themen stünden auf der Tagesordnung. Das Parlament müsse sicherstellen, daß das tagtägliche Arbeiten und das Management der Kommission kontrolliert werde. Bei allen politischen Erfolgen der Kommission müsse aber auch das tagtägliche Management korrekt sein. Zweimal bereits sei der Kommission die Entlastung verweigert worden, die Kommission habe daraufhin in der Dezember-Sitzung um ein Vertrauensvotum des Parlaments gebeten. Die Diskussion um den Haushalt 1996 solle heute nicht wieder aufgewärmt werden, es gehe jetzt darum, die Verantwortlichkeit festzulegen.

Die Kommission sei seiner Meinung nach ein politisches Gremium, auch wenn sie laut Vertrag das bürokratische Organ sei, so habe auch dieses politische Verantwortung zu tragen. Daß das Parlament durch den Vertrag nur die Möglichkeit habe, das gesamte Kollegium der Kommission zur kollektiven Verantwortung zu ziehen, sei sicher ein sehr grobes Instrument. Der Einzelne könne sich somit hinter der kollektiven Verantwortung verstecken. Den Antrag der SPE-Abgeordneten mißbillige er. Er plädiere dafür, daß jeder einzelne Abgeordnete abstrakt prüfe, ob nicht ein Antrag auf Entlassung einzelner Kommissare denkbar sei. Er sei sich dessen bewußt, daß dies nicht im Vertrag vorgesehen sei, aber auch die Kommission habe ein Vertrauensvotum erbeten, das es im Vertrag nicht gebe. Das Parlament solle nicht an die Stelle eines Gerichtshofes treten oder über eine Anklage entscheiden, sondern Verantwortlichkeiten zuweisen. Deshalb müsse für die Zukunft vorgesehen werden, daß einzelne Kommissare zur Rechenschaft gezogen

werden könnten.

Jean-Claude **Pasty** (UFE/F) erklärte, es seien nicht alle SPE-Abgeordneten bei ihrer Unterschrift unter dem Mißtrauensantrag geblieben. Außerdem handele es sich um einen Etikettenschwindel, denn es stehe zwar Mißtrauensantrag drauf, doch es sei gar kein Mißtrauensantrag drinnen, und allein schon deshalb müsse man den Text ablehnen. Einige Kollegen, unter anderem der Kollege Fabré-Aubrespy, hätten deshalb einen echten Mißtrauensantrag eingebracht.

Die politische Absicht des Textes der SPE-Fraktion müsse scharf kritisiert werden. Sinn und Zweck dieses Textes sei es nämlich offensichtlich, die politischen Auswirkungen der nichterfolgten Haushaltsentlastung abzumildern. Die Sozialisten seien schlechte Verlierer und sie seien von der Kommission instrumentalisiert. Das EP würde sich lächerlich machen, wenn es nach nichterfolgter Entlastung der Kommission das Vertrauen ausspräche. Seine Fraktion könne sich deshalb dem nicht anschließen.

Wie die EVP und die Liberalen fordere er vielmehr, daß die Kommission sich zur Abstimmung von Dezember erkläre und die Verantwortung übernehme. Erst dann könne abgestimmt werden. Die Glaubwürdigkeit der Kommission stehe auf dem Spiel. Die Mißstände seien nicht neu, die Wurzeln lägen schon in der vorangegangenen Amtszeit. Es herrsche mangelnde Transparenz, die Kommission betreibe eine Vogel-Strauß-Politik. Sie selbst habe die Verdachtsmomente geschürt, auch gegenüber Rechnungshof und Parlament.

Wenn nach den Untersuchungen herauskomme, daß bei Einzelnen Schuld bestehe, dann müßten Konsequenzen gezogen werden. Kommissare müßten ihr Amt niederlegen, gegen Beamte müßten Disziplinarmaßnahmen eingeleitet werden. Der Verdacht auf Vetternwirtschaft dürfe nicht bestehen bleiben. Auch bei den Dienstleistungsverträgen müsse reiner Tisch gemacht werden. Der Kommissionspräsident müsse das Vertrauen zurückgewinnen und zeigen, daß er es verdiene.

Für die Fraktion DIE GRÜNEN konstatierte Magda **Aelvoet** (B), daß die Position der Kommission seit der Nichtentlastung zum Haushalt 1996 im vergangenen Dezember noch weiter geschwächt worden sei. Die Kommission müsse für die Fortschritte der Union stark sein; wie die Kommission mit ihrem Mitarbeiter van Buitenen umgegangen sei, sei ein besonders schlimmes Beispiel für ihr Mißmanagement, aber es gebe noch weitaus Schlimmeres, was die Kommission schwäche. Der Mißtrauensantrag gegen die derzeitige Kommission sei deshalb das einzig wirksame Instrument des Parlaments. Es sei mehr als fraglich, ob diese Kommission in der Lage sei, die anstehenden Probleme zu bewältigen.

Cathérine **Lalumière** (REA/F) erläuterte im Namen ihrer Fraktion, die Kommission müsse die Fehler innerhalb der Verwaltung anerkennen. Das EP müsse wissen, welche Betrugsfälle es gegeben habe und wer dafür verantwortlich sei. Es sei unabdingbar, daß es mehr Transparenz in der Kommission gebe. Man müsse gegen Mißwirtschaft und Betrug kämpfen, doch mit den Regeln des Rechtsstaates.

Im Moment würden Schläge in alle Richtungen verteilt. Es würden Anklagen ausgesprochen, doch ohne Beweise. Bei der kollektiven Verantwortung der Kommission sei es schwer, denn nun würden Personen namentlich genannt. Doch gerade wenn man jemanden anklage, brauche man Beweise und müsse die rechtsstaatlichen Verfahren einhalten. Angeklagte hätten ein Recht auf Verteidigung. Sie könne keine Entschließung unterstützen, in der namentlich zwei Kommissare angeklagt würden, ohne daß diese rechtsstaatlichen Regeln eingehalten worden seien.

Doch man müsse sagen, daß das Klima in den Europäischen Institutionen ungesund sein, und dies strahle auf die ganze Union aus. Die Mehrheit ihrer Fraktion würde sich so verhalten, daß die Glaubwürdigkeit der Europäischen Institutionen gewährleistet werde. Denn die Glaubwürdigkeit sei im Moment leider sehr angeschlagen. Sie habe immer gewollt, daß die Kommission stark sein solle, leider sei sie weiterhin in einer schwachen Position.

Eric **Pinel** (FL/F) erinnerte daran, daß im Februar 1997, als das EP den BSE-Skandal aufgedeckt habe, der Kollege Martens das Schweigen der Kommission angeprangert habe. Schwerwiegende Fehler und Mängel

seien konstatiert worden, welche nachhaltig das einwandfreie Funktionieren des Binnenmarktes untergraben hätten.

Bedenklich stimme es auch, daß dem Schutz des Rindfleischmarktes Vorrang vor der Gesundheit der Bürger gegeben worden sei. Offenbar habe die Kommission aus dieser schwerwiegenden Situation keinerlei Lehren gezogen. Bedenklich stimme es auch, daß in den südafrikanischen Seengebieten viele Millionen Euro hinterzogen worden seien. Zur eigenen Entlastung könne Kommissionspräsident Santer freilich darauf verweisen, daß bereits unter seinem Vorgänger Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien.

Nach Ansicht von Pinel sei das Hinterziehen von Geldern schon immer eine Spezialität der europäischen Sozialisten gewesen. Wenn die Kommission nun von der Praxis Gebrauch mache, geradezu lustvoll Disziplinarmaßnahmen einzuleiten, so träfe sie damit nicht die Verursacher, sondern habe lediglich sie neue Sündenböcke gefunden. Pinel konzedierte, daß die EVP ein noch viel größerer Heuchler sei als die SPE: Erst lehne die EVP die Entlastung ab, sage sodann aber, daß dies keineswegs bedeute, mit der Haushaltskontrolle fortzufahren.

Kommissionspräsident Santer wies darauf hin, daß die eigentliche Frage das Vertrauen zwischen den beiden Institutionen sei, das in den letzten Monaten schwer beschädigt worden sei. Dafür wolle er gerne seinen Teil der Verantwortung übernehmen.

Die Erfolge der letzten Zeit seien nur durch die enge Zusammenarbeit zwischen Parlament und Kommission möglich gewesen. Er wolle nur an seinen Taten und den Ergebnissen gemessen werden. Die Geburt des Euros sei ein solches wichtiges Ergebnis. In seiner Antrittsrede vor vier Jahren habe er der Beschäftigung allererste Priorität eingeräumt. Nach viel Skepsis und Zögern sei zwischenzeitlich ein neues Kapitel in den Vertrag aufgenommen worden. Die Überlegungen zur institutionellen Reform sei 1995 noch sehr vage gewesen, im Juni 1997 sei der Vertrag von Amsterdam aus der Taufe gehoben worden, das zeige, daß sich das Endergebnis sehr wohl sehen lassen könne. Bei den Beitrittsverfahren sei es aufgrund der Heranführungsstrategie gelungen, die Beitrittskandidaten bereits heute zur gemeinsamen Familie zu zählen.

Im Januar 1995 habe er zugesagt, die Haushalts- und Verwaltungskultur der Kommission zu verbessern und der Betrugsbekämpfung Priorität einzuräumen. Die bisher durchgeführten Reformen reichten bei weitem nicht aus. Die ehrgeizigen Modernisierungsmaßnahmen müßten deshalb dringend vorangebracht werden, um eine effiziente und kontrollierbare Verwaltung zu schaffen. Die Anzahl der UCLAF-Mitarbeiter sei seit 1994 fast verdreifacht worden. Dadurch, daß die Arbeit der UCLAF verbessert worden sei, sei man auf Fälle der Korruption, an denen Beamte der Kommission beteiligt worden seien, gestoßen. Die Betrüger müßten bestraft werden, er sei mit der Unterstützung des Parlaments dazu mehr denn je entschlossen.

Die Kommission sei auf das Vertrauen des EP angewiesen, um erfolgreich arbeiten zu können. Noch vor den Wahlen zum neuen Parlament wolle er zur Zukunft der EU-Institutionen die notwendigen Schlußfolgerungen vorlegen. Die von ihm eingeleitete Initiative "Die Kommission von morgen" sei die letzte große Aufgabe, die er sich für seine Amtszeit gestellt habe. Zunächst gehe es um eine Grundsatzdiskussion, über die zukünftige Rolle der Kommission. Ein zweiter Schwerpunkt sei die zukünftige interne Organisation der Kommission. Dritter Schwerpunkt sei die Reform der Personal- und Finanzmanagements.

Die Anzahl der Kommissare müsse auf jeden Fall reduziert, die Zahl des Verwaltungspersonals allerdings aufgestockt werden. Bei einer ständig wachsenden Anzahl an Aufgaben habe man die Grenzen dessen erreicht, was mit dem heutigen Personalbestand machbar sei. Durch drei Verwaltungskodizes für die Arbeit der Kommissare, der Kabinette und der Dienststellen solle eine echte europäische Verwaltungskultur entstehen. Zur Reform der Personalverwaltung und für die Modernisierung der Verwaltung, die die Einstellung, die Mobilität, die Laufbahngestaltung und weiteres umfasse, wolle er bis Ende Januar 1999 einen Zeitplan vorschlagen. Ein heikler Punkt sei insbesondere die Ernennung auf A1- und A2-Posten, wo er eine Probezeit für Führungspersonal einführen und eine Verringerung der externen Ernennungen erreichen wolle.

Im Hinblick auf die Haushaltsführung sei eine Neufassung der Haushaltsordnung, die rasche Aufstellung klarer Vorschriften für die Heranziehung von externem Personal und eine Lösung zu den Verwaltungsmitteln für die Büros für technische Unterstützung bis zum Ende des Frühjahrs vorgesehen. Die Betrugsbekämpfung habe die Beziehung zwischen Parlament und Kommission am meisten belastet. Er teile die Auffassung des Parlaments, daß hier eine Nulltoleranz allein angemessen sei. Das vorgeschlagene unabhängige interinstitutionelle Amt zur Betrugsbekämpfung müsse gemeinsam schnellstmöglich zur Arbeitsfähigkeit gelangen. Er begrüße ausdrücklich den Vorschlag des amtierenden Ratspräsidenten Bundeskanzler Schröder, eine Gruppe hoher Vertreter des EP, des Rates und der Kommission einzusetzen, um bis Ende März eine Einigung zu erzielen.

Zum Disziplinarverfahren gegen Herrn van Buitenen wolle er nur klarstellen, daß dieses Verfahren eröffnet worden sei, weil der betreffende Beamte in Mißachtung der Dienstvorschriften vertrauliche Dokumente veröffentlicht habe. Er selbst habe am 9.12.1998 an den Präsidenten des EP geschrieben, um zu unterstreichen, daß der Direktor von UCLAF und der Finanzkontrolleur dem Parlament voll und ganz zur Verfügung stünden.

In bezug auf die Unterrichtung des Parlaments durch die Kommission wiederhole er gerne sein Angebot, die praktischen Modalitäten der Unterrichtung des Parlaments in einer interinstitutionellen Vereinbarung festzuschreiben. Er habe hiermit ein sehr ehrgeiziges Programm vorgelegt, mit dem er auf die Vorschläge und Kritikpunkte des EP eingehen wolle und dazu - wie im Entschließungsantrag von James Elles gefordert - einen Zeitplan vorgelegt. Zusätzlich wolle er konkret vorschlagen, persönlich an der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden teilzunehmen, um über die Umsetzung dieses Programms zu berichten. Ebenso schlage er einen Rat der Weisen vor, um die gesamte Problematik im Zusammenhang mit der Verwaltung, Kontrolle und Bewertung der Gemeinschaftsausgaben zu erörtern.

Nachdem er nun in großen Zügen die Bilanz der letzten vier Jahre geschildert und auf die wichtigsten Ziele seiner verbleibenden Amtszeit hingewiesen habe, sei es nun an den Abgeordneten, nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden, ob sie der Kommission das Vertrauen entgegenbringen könnten, das sie brauche, um ihre Arbeit abschließen zu können. Es handele sich um das Vertrauen, das die Kommission benötige, damit Europa siegen könne. Er bitte die Abgeordneten heute, ihm dieses Vertrauen auszusprechen.

Nach dem zweiten Teil der Rede des Kommissionspräsidenten Santer fiel Willi **Görlach** (SPE/D) ein Satz von Friedrich Schiller ein: "Spät kommt er, doch er kommt." Allerdings müsse in Abänderung des klassischen Dramas feststellen, daß es im Falle des Kommissionspräsidenten keinen weiteren Weg gäbe, der das Versäumnis entschuldige. Es dränge sich vor allem die Frage auf, warum das von Santer so eben vorgeschlagene nicht im Arbeitsprogramm der Kommission in der zweiten Hälfte 1999 nicht auch erscheine. Er könne nur vermuten, daß es etwas mit dem energisch ausgeübten Druck des EP zu tun habe, der in den letzten Monaten festzustellen gewesen sei. Wären Santer's politische Aussagen auch zu erwarten gewesen, ohne die Auseinandersetzung zwischen Kommission und EP?

Niemand in diesem Hause, selbst jene, die im Dezember nicht für die Entlastung gestimmt hätten, wollten ernsthaft eine schwache Kommission. Geradezu provozierend klinge doch eine Aussage Santer's vom heutigen Vormittag: Die Kommission sei Opfer ihrer eigenen Transparenz geworden. Görlach schenke Santer sogar darin Glauben, daß dieser tatsächlich eine solche Perspektive einnehme. Doch wäre es an dieser Stelle wünschenswert, sich eigene Realität wieder ins Gedächtnis zu rufen. Hier sei nur an die heißen Debatten über die BSE-Krise zu denken, wie an die heißen Auseinandersetzungen mit den Minibudgets. Das Herstellen von Öffentlichkeit habe schon immer enormen Druck von Seiten des EP erfordert. Görlach hätte sich etwas mehr Schuldbewußtsein des Kommissionspräsidenten gewünscht. Schließlich räumte er ein, daß in jeder Krise auch eine Chance stecke.

Diemut **Theato** (EVP-CD/D) erklärte, auf die guten Worte von Kommissionspräsident Santer habe das Haus lange warten müssen, vielleicht zu lange. Das Vertrauen, von dem er gesprochen habe, sei auf eine harte Probe gestellt worden. Nun einen Vertrauensvorschuß zu geben, werde vielen schwer fallen. Es sei nie der Ansatz des Haushaltskontrollausschusses oder ihrer Fraktion gewesen, destruktive Mittel einzusetzen. Vielmehr suche man konstruktivere Formen, die die entdeckten Probleme lösen könnten. Gemeinsam könne

man dies noch schaffen. Ein Mißtrauensvotum sei nicht der richtige Weg.

Bisher habe das EP so gehandelt, daß es die Haushaltsentlastung verschoben habe; denn es gehe darum, absolute Aufklärung zu erhalten, keine Halbwahrheiten. Es sei im Moment unerfreulich, daß jeden Tag neue Mängel entdeckt würden. Das EP sei ein Kontrollorgan und dafür gewählt, Verantwortung zu übernehmen.

Kommissionspräsident Santer habe aus dem Programm, das der Haushaltskontrollausschuß erarbeitet habe, einige Dinge zugesagt. Sie wolle nun vier Prüfsteine vorlegen, die die Kommission bis Donnerstag beantworten solle:

1. Das Parlament wünsche Aufklärung über die 27 Fälle, in denen die UCLAF ermittle, bisher kenne es Einzelheiten nur von fünf dieser Fälle.
2. Kommissarin Cresson habe dem Haushaltskontrollausschuß in einer gemeinsamen Sitzung zugesagt, daß sie einen Brief beantworten werde. Dieser Brief sei aber bis heute unbeantwortet, und sie fordere heute noch einmal dessen Beantwortung.
3. Santer möge zusagen, daß die Kommission den OLAF-Vorschlag zurückziehe, da er nicht mit dem übereinstimme, was das Parlament verabschiedet habe. Der Kommissionsvorschlag schwäche die Kompetenzen, anstatt sie zu stärken.
4. Das Parlament möchte wissen, ob die entsprechenden Dossiers an die Justizbehörden übermittelt worden seien, so wie es das EP bereits dreimal gefordert und verabschiedet habe.

Dies seien die Prüfsteine, die sie der Kommission vorlege. Das EP könne deren Einhaltung überprüfen und sich entsprechend verhalten.

Gerhard **Hager** (FL/A) erläuterte, er habe dem Mißtrauensantrag zunächst keine Chance eingeräumt, da die meisten Abgeordneten mit der Ablehnung der Entlastung der Kommission nur einen Denkwort hätten verpassen wollen. Doch neue Vorfälle hätten nun erneut das Vertrauen erschüttert und ein Mißtrauensvotum sei wahrscheinlicher geworden. Hinzu kämen außerdem die Aussage des Kommissionspräsidenten, ein Mißtrauensvotum ohne Zweidrittelmehrheit sei ein Vertrauensbeweis ebenso wie die Haltung der Sozialistischen Fraktion, die das Mißtrauensvotum in einen Vertrauensbeweis umkehre. Das EP habe Kontrollfunktion auszuüben ohne Parteilosigkeit. Die Fakten seien eindeutig, nun müsse die Kommission Konsequenzen ziehen. Die Interessen der Bürger müßten in den Mittelpunkt gestellt werden.

Er werde an seinen früheren Beruf erinnert, so Hager. Ein Strafrichter könne Nachsicht gewähren, doch müsse er bei Mißbrauch konsequent sein. Das EP habe die Kommission verwarnet und sie habe dies nicht ernst genug genommen, nun drohten ihr die Konsequenzen. Ein Argument, man brauche eine handlungsfähige Kommission, sei zweifacher Unsinn. Zum einen bestimmten die Verträge in Artikel 44 Abs. 2, daß die Kommission weiter im Amt bleibe, bis eine neue ernannt sei und zum anderen bedeute eine konsequente Umsetzung dieser Aussage, daß die Kommission geradezu einen unbegrenzten Freibrief hätte.

Die Freiheitlichen würden den Mißtrauensantrag unterstützen und die Bürger über das Abstimmungsverhalten der übrigen Abgeordneten informieren. Vetternwirtschaft und Betrug dürften nicht geschützt werden.

Edith **Müller** (GRÜNE/D) unterstrich, daß Vertrauen die Übernahme klarer Verantwortung voraussetze. Die Kommission vollziehe statt dessen einen absoluten Schulterschluß und mache sich damit kollektiv schuldig. Die Fehler einzelner Kommissare und die europäische Vetternwirtschaft dürften nicht durch einen Schulterschluß verdeckt werden. Dadurch mache sich die gesamte Kommission unglaubwürdig. Sie fordere Kommissionspräsident Santer auf, die beiden Kommissare Marin und Cresson zur Rechenschaft zu ziehen und im Falle von Herrn van Buitenen ein Zeichen des guten Willens zu setzen. Sie hoffe, daß bis zur Abstimmung am Donnerstag die Kommission ihre politische Verantwortung zu tragen bereit sei.

Kommissionsmitglied Edith **Cresson** wollte vornehmlich Diemut Theato antworten und erinnerte daran, daß

sie eigens den Haushaltskontrollausschuß aufgesucht habe, um eine Reihe von Fragen hinsichtlich der Gemeinsamen Forschungsstelle zu beantworten. Ihre Dienststellen hätten die Antworten abgefaßt und sie habe jedes Schreiben unterzeichnet; Frau Theato erhalte sie in Kürze.

Zahlreiche Fragen hätten das LEONARDO-Programm betroffen, wobei die Frage nach der Bedeutung des BAT aufgeworfen worden sei. Es handle sich um das Büro für Technische Hilfestellung. Dies sei nach Ausschreibungen vergeben worden, wobei eine solche Ausschreibung bei LEONARDO vor der Ankunft von Frau Cresson geregelt worden sei. LEONARDO habe sich allgemein als großer Erfolg herausgestellt, und so habe der Kultusministerrat den Etat in erheblichem Maße aufgestockt. Das BAT sei mehrfach Gegenstand von Evaluierungen seitens der GD XXIII gewesen. Morgen beabsichtige Cresson, vor den Sozialausschuß zu treten, um den Status quo der gegenwärtigen Berichte zu übermitteln.

Kommissar Mario **Marin** erläuterte, als dienstältester Kommissar habe er ein offenes Ohr für diese Diskussion. Natürlich habe er Verantwortung, und darunter leide er auch. In seinen 14 Amtsjahren habe er sicher Gutes geleistet, aber auch Fehler gemacht. Er weise allerdings entschieden zurück, daß er Betrug gedeckt habe. Als ihm die Konflikte zu Ohren gekommen seien, habe er das EP informiert und die entsprechende Programmphase sei dann ja auch blockiert worden. Dies sei ein guter Entschluß gewesen.

Was die technischen Assistenten angehe, so habe es einen Mangel an Personal gegeben, man habe viel improvisieren müssen. Es seien externe Berater mit der Durchführung betraut worden, und darunter gebe es exzellente aber auch schlechte. Er habe "Tabula rasa" gemacht und den betreffenden Berater der Justiz übergeben. Ein heikler Punkt sei nun, ob auch Beamte der Justiz übergeben werden sollten. Er leide unter der Situation und schließe nicht aus, daß er sich getäuscht habe. Das EP solle aber wissen, daß er niemals Betrug Vorschub geleistet habe.

Kommissionspräsident Jacques **Santer** wies darauf hin, daß er sein Programm nicht erst jetzt vorlege, sondern daß die Kommission bereits seit 1995 begonnen habe, die Verwaltung zu reformieren. Nur durch die während seiner Amtszeit erfolgte Aufstockung des Personals bei der UCLAF seien die Betrugsfälle aufgedeckt worden, die zu der heutigen Debatte geführt hätten und die auf Vorkommnisse aus den Jahren 1993 und 1994 zurückzuführen seien. So sei seine Aussage zu verstehen, daß die Kommission Opfer ihrer eigenen Transparenz geworden sei.

Diese Probleme seien auch darauf zurückzuführen, daß sich die Kommission einer Vielzahl neuer Aufgaben aufgrund der politischen Umbruchsituation in Mittel- und Osteuropa zu Beginn der 90er Jahre gegenübergestellt gesehen habe. Es habe hier einfach an Personal gefehlt, das sei der Grund für Unregelmäßigkeiten, nicht für Betrug. Dies gelte auch für nationale Vorkommnisse, wie sie die Abgeordneten in ihren nationalen Parlamenten verfolgen könnten.

Es sei nicht bis heute gewartet worden, um die Reform voranzubringen, dies sei längst in Arbeit. Zur Frage von Dietmut Theato sei er gerne bereit, eine Liste der 27 Fälle, in denen intern bei der Kommission ermittelt würde, zur Verfügung zu stellen. Eine erste, nicht namentliche Liste sei ihr bereits Ende November überreicht worden. Eine unabhängige neutrale Stelle zur Betrugsbekämpfung habe für ihn ebenso wie ein Rat der Weisen oberste Priorität. Bei gemeinsamen Willen müsse dies auch rasch zu erreichen sein. Zur Frage nach der Offenlegung gegenüber den Gerichten wolle er darlegen, daß die Gerichte immer dann informiert würden, wenn sich ein Betrugsverdacht konkretisiert habe, so wie dies auch schriftlich festgelegt sei.

Die Kommission meine ihre Vorschläge sehr ernst und wolle für tatsächliche Transparenz bei ihrem Handeln sorgen. Man habe eine wichtige politische Aufgabe zu lösen, deshalb bitte er um das politische Vertrauen des Parlaments. Zu keinem Zeitpunkt habe die Kommission mit ihrer Erklärung am 16. 12. 1998 Druck auf die Abgeordneten ausüben wollen. Genau wie die Mitglieder des EP kenne er aus seiner nationalen Erfahrung heraus die Arbeit eines Parlaments und wie sie wisse er, daß nur durch Vertrauensbeziehungen die Aufgaben der Zukunft zu lösen seien.